

Beispiel Fipronin-Skandal:

Der Mainstream hat sich geändert ...

und die Aufgaben des Staates in unserer Gesellschaft umgedeutet.

Eigentlich ist es die Aufgabe eines Staates und seiner Regierung, den Rahmen vorzugeben, nach der Wirtschaft funktionieren soll. Es ist darüber hinaus auch Aufgabe des Staates, in Krisenzeiten oder bei hoher Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft gegenzusteuern. Mit steigenden Investitionen durch die jeweilige Regierung soll die Konjunktur dann über eine zusätzliche Nachfrage angekurbelt werden, um eine Krise zu vermeiden.

Maßstab dafür war früher letztendlich der Wohlstand der Bevölkerung. Heute ist das anders. Andere Maßstäbe bestimmen die Regierungspolitik. Heute sind die Auswirkungen auf die Börse, die Sicherheit von Staatsanleihen aus Sicht von Kapitalanlegern oder die Wachstumsraten eines Landes zu den wichtigsten Kriterien für das Handeln von Regierungen geworden. Das gilt auch für die Bundesregierung.

Ziele wie (auch soziale) Gerechtigkeit, Gleichheit, gleiche Chancen für alle oder Souveränität des Volkes werden immer dann als Ziele aufgegeben, wenn wirtschaftliche Interessen dem im Wege stehen oder gar nur eingeschränkt werden.

Das haben die Vertreter des Neoliberalismus erfolgreich durchgesetzt, die - wie die Partei der Besserverdienenden auch – die Freiheit des Einzelnen fordern, aber in der Realität nur die Freiheit akzeptieren, die ihren eigenen Interessen nicht entgegensteht.

Heute wird von vielen Seiten (z. B. Medien, Lobbyisten, einigen Politikern) lautstark gefordert, dass der Staat in erster Linie die Nutznießer der vermeintlich freien Marktwirtschaft zu unterstützen hat. Das ist die neue Rolle des Staates.

Damit steht nicht mehr das Wohl der Bevölkerung an erster Stelle. Der Staat stellt sein Handeln voll und ganz in den Dienst der Marktwirtschaft und deren Anforderungen wie Schuldenabbau, Privatisierung von Staatsaufgaben oder der Öffnung von Märkten. Es geht sogar so weit, dass das Handeln des Staates von diesen Forderungen bestimmt wird.

Wie gut das mittlerweile funktioniert, sieht man daran, dass der belgische Staat schon Ende Mai bzw. Anfang Juli 2017 Informationen über die mit dem Insektizid Fipronil kontaminierten Eier und Geflügelprodukte erhalten hat, diese Information aber nicht sofort der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat. Das ist Unterstützung und Vertuschung eines kriminellen Handelns. Da hilft auch nicht der Hinweis von CSU - Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt am 8. August 2017 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass sich „wohl abzeichnet, dass durch die Verdünnung sozusagen eher nicht mit gesundheitlichen Gefahren zu rechnen ist“.

Hier wurden wirtschaftliche Interessen über Gesundheits- und Verbraucherschutz gestellt.

Manfred. Küter,

08.08.2017

Einzustellen in:

Reiter: Umwelt & Wirtschaft

Unterreiter: Wirtschaft (nach Datum sortiert)

Unterreiter: ---

Zusätzlich einzustellen unter dem Reiter + dem Stichwort:

A-Z / K / Rolle des Staates in der Wirtschaft

und

A-Z / F / Fibronin-Skandal 2017